

Zur Erinnerung

Wolfgang Clement

Gedenkveranstaltung anlässlich des 40. Todestages von Dr. Hanns
Martin Schleyer

- Es gilt das gesprochene Wort -

Es waren aus meiner Sicht die bisher schwersten Stunden unserer immer noch recht jungen bundesrepublikanischen Geschichte. Denn dieser mörderische Terrorismus kam nicht von außerhalb unserer sprachlichen, ethischen oder religiösen Behausung. Er kam aus dem Eigenleben unseres Landes.

Es ging mit der 68er Bewegung für den extremistischen Teil der politischen Linken um die Verwirklichung ihres Traums einer gesellschaftlichen Revolution, für die sie Gewalt als Mittel der Politik nicht ausschlossen, zunächst gegen Sachen, alsbald aber auch gegen Menschen. Die RAF hat dem den blanken Mord hinzugefügt. Oder, wie es ihre erste Wortführerin sagte: "Wir sagen natürlich,...der Typ in der Uniform ist kein Mensch, und so werden wir uns mit ihm auseinandersetzen...und natürlich kann geschossen werden.." Und so kam es von Verbrechen zu Verbrechen und schließlich zum "deutschen Herbst 1977" und noch zu vielen, teils bis heute unaufgeklärten und ungeahndeten Mordtaten aus ideologisch begründetem Haß und brutalstmöglicher Gewaltbereitschaft.

Die Bilder haben sich vermutlich allen Zeitzeugen eingebrannt. Das eine zeigt Hanns Martin Schleyer in wahrhaft menschenverachtender Weise als "Gefangenen" der RAF. Mit dem "Boss der Bosse" ("stern")

in ihrer Gewalt wollten sie die Politik erpressen, der sie zugleich in dessen Person den Stempel einer Kontinuität vom Nazi-Staat zur kapitalistischen Bundesrepublik aufzudrücken versuchten. Aus dem linkssozialistischen Teil Frankreichs echote es damals herüber- es war am Anfang der 70er (nicht etwa der 40er) Jahre des vorigen Jahrhunderts: Der RAF-Terrorismus sei notwendig zur Überwindung des "brutalen faschistischen Deutschland", schrieb einer in "Le Monde". Unfaßbar!

Das andere Bild ist uns allen wohl auch noch vor Augen. Es hat sich dem damaligen Bundesjustizminister Hans-Jochen Vogel besonders eingeprägt. Er war an jenem 5. September 1977, gemeinsam mit dem damaligen Kanzleramtschef Hans-Jürgen Wischnewski sofort zum Tatort der Entführung Hanns Martin Schleyers geeilt. Vogel in einem Interview wörtlich: "Dort sahen wir noch die mit Planen zugedeckten Leichen der Begleiter und des Fahrers von Hanns Martin Schleyer liegen... Und dann stand da dieser Kinderwagen, der in einer besonders hinterhältigen Weise zum Waffentransport und zum Stoppen des Wagen von Schleyer benutzt worden ist..."

Was damals geschah, ist nicht Geschichte, natürlich nicht für die Angehörigen der Opfer - die ich von hier aus grüße und deren Gefühle am heutigen Tag der Erinnerung ich allenfalls errahnen kann - , aber auch nicht für Sie, die Repräsentanten und Mitglieder von Südwestmetall, deren Vorgängerverband Hanns Martin Schleyer führte, ehe er an die Spitze von BDA und - später - BDI trat. Und für uns Andere kann es ebenfalls nicht zum historischen Ereignis werden, und dies ausdrücklich umso mehr, als zu viele der RAF-Morde - namentlich seit 1985 - bis heute rechtlich nicht vollends oder gar nicht aufgeklärt und nicht geahndet sind. Und damit seien namentlich die Morde an Ernst Zimmermann, dem damaligen MTU-Chef, an Siemens-Vorstand Karl-Heinz Beckurts und seinem Fahrer, die Ermordung von Alfred Herrhausen, des Vorstandssprechers der

Deutschen Bank, und von Detlev Karsten Rohwedder , des ersten Leiters der Treuhandanstalt, in unser Gedächtnis zurückgerufen. Die ruchlosen Taten, die sie zu Tode brachten, dürfen uns und natürlich insbesondere die Strafverfolgungsbehörden nicht ruhen, buchstäblich nicht zur Ruhe kommen lassen. Sie gehören aufgeklärt und geahndet! Das ist der Rechtsstaat sich selbst schuldig.

Das Leitwort "Unvergeßlich", das über unserer heutigen Veranstaltung steht, darf nicht zur Phrase werden. Wir haben damals in unserer noch recht jungen Demokratie, die sich mehrheitlich ihres weiteren Weges in die Zukunft sicher wähnte, erlebt, wie eine an gesellschaftspolitícher Ignoranz, Arroganz und Verblendung kaum zu überbietende und zur Gewalt bereite Gruppierung - richtiger gesagt: eine zu schlimmsten Verbrechen entschlossene und dazu leider auch fähige Bande - unseren demokratischen Staat an die Grenzen seiner Möglichkeiten führte. Es ist wahrhaftig nicht übertrieben: Manchmal schienen wir tatsächlich ganz nahe am Ausnahmezustand. Aber diese Republik hat, nicht ohne Blessuren, aber doch der Herausforderung standgehalten.

Angesichts einer Entwicklung, an deren Anfang überwiegend aus Generationenkonflikten herrührende gesellschaftspolitische Auseinandersetzungen standen, sind wir heute im Gedenken an den feige gemeuchelten Hanns Martin Schleyer zusammengekommen und verneigen uns vor ihm und all den anderen Opfern einer beispiellosen Mordserie in unserem Land. Sie führt uns vor Augen, wie politische Ideologie, so sie sich mit Ignoranz gegenüber jedem Einwand, jedem Widerspruch taub stellt und womöglich auch noch mit intellektueller Überheblichkeit paart, zu Verblendung, zu Haß, zu Menschenverachtung und schließlich zur Unmenschlichkeit führen kann.

Eine Lehre liegt auf der Hand, nämlich: daß wir als samt und sonders Mitverantwortliche für das Gelingen unseres demokratischen Gemeinwesens dafür Sorge tragen müssen, daß politische Diskussionen wenn irgend möglich nicht in Freund-Feind-Denken und -Handeln ausarten. Wehret den Anfängen! Wir müssen die , die dazu neigen oder dies sogar betreiben und die womöglich auch noch öffentliche Verantwortung beanspruchen, aus ihren Ecken und Nischen oder auch Höhlen - denken Sie nur an diese seltsamen "Reichsbürger" - herausholen. Natürlich nicht Gleiches mit Gleichem beantworten und sie etwa ähnlich beschimpfen, wie sie es am liebsten mit anderen tun, wenn sie sich als "das Volk" hinstellen und andere als "Volksverräter" niederbrüllen. "Populisten brauchen Pulverdampf", schrieb Gabor Steingart kürzlich aus dem von Präsident Trump hin- und hergerissenen Washington fürs "Handelsblatt". Politischer Extremismus braucht Diffamierung. "Gebrüll statt Diskurs, Postfaktizismus statt Wahrheitssuche", schrieb die jüngst im Sturm im Hamburg tödlich verunglückte Sylke Tempel vor einiger Zeit. "Mit Lautstärke wird man den Rechtspopulisten in unserem Land nicht beikommen - aber mit Leidenschaft für Professionalität und das zivil geführte Gespräch schon eher". Will sagen: Wir müssen sie in den Diskurs zur Sache zwingen, natürlich erst recht in unseren Parlamenten.

Politik ist auszusprechen, was ist. Gewalt in jeglicher Form, ob in der Androhung, Aufhetzung oder gar der Anwendung, individuell wie kollektiv, hat in einer demokratischen Gesellschaft nichts zu suchen. Sie hat tabu zu sein und zu bleiben. Das muß in unserem Land m.E. auch wieder klarer gesehen und auch unmißverständlicher gehandhabt werden als ich es beispielsweise in den Bildern von den Ausschreitungen gegen den Hamburger G20-Gipfel, aber auch von so manchen "Fußballschlachten" vor Augen habe. Wir brauchen hier wie

dort wirklich Konsequenz! Gewalt fällt nicht und nirgends unter das Toleranzgebot!

Muß man wirklich daran erinnern? Recht muß Recht bleiben - und auch zur Anwendung kommen! Dafür muß der Rechtsstaat sorgen, und zwar auf allen Feldern des gesellschaftlichen und politischen Lebens, national wie EU-weit. Dazu brauchen wir nicht immer mehr Gesetze, Regeln und Regulierungen, sondern weniger, aber gut durchdacht müssen sie sein.

Und das Gewaltmonopol hat der Staat. Es ist ausschließlich sein Recht. Und er hat deshalb auch die Pflicht, seine Bürger zu schützen. Und zwar mit allen Mitteln, die ihm der Rechtsstaat zur Verfügung stellt.

Ich erinnere mich nur zu gut an die Debatten jener sogenannten 68er Jahre, als aus dem vor allem in Großdemonstrationen, aber auch in vielen demonstrativen Einzelaktionen, namentlich in unseren Hochschulen, sich äussernden Aufbegehren der jungen, insbesondere der studentischen Generationen gegen in Jahrzehnten gewachsene universitäre, gesellschaftliche und politische Hierarchien von Einzelnen, aber doch von recht vielen Einzelnen zunächst Haß gegen "das System" und seine führenden Repräsentanten geschürt und dem folgend eine vermeintliche Legitimität zunächst für "Gewalt gegen Sachen" herbeigeredet wurde. Entmenschende verbale Attacken auf Polizeibeamte wie Regierende, Handgreiflichkeiten auf der Straße - so kam es alsbald auch zu "Gewalt gegen Menschen." Und durch die RAF schließlich zur Menschenverachtung, zur Unmenschlichkeit.

Hüten wir uns deshalb auch vor denen, die die Verunstaltung von Menschenbildern für ihre Ziele zu nutzen versuchen, ob auf dem

Plakat oder in der Fotografie, ob auf dem Bildschirm oder im geschriebenen oder gesprochenen Wort. Ich erinnere mich: Herbert Wehner hat einmal die Auslieferung des "Vorwärts" gestoppt, als er auf dem Titel das reale Bild des damaligen Oppositionsführers Rainer Barzel grob verzerrt, also in einzelne Schnitte aufgelöst in Händen hielt. Er nannte das eine Verletzung der Menschenwürde. Und er hatte recht.

Die RAF wollte aus Hanns Martin Schleyer den obersten Repräsentanten eines unmenschlichen Kapitalismus machen. Sie sind dafür zu menschenverachtenden Mördern geworden. Aber Hanns Martin Schleyer lebt in unserer Erinnerung als ein Mann, der nach Nazi-Jahren, Krieg und Gefangenschaft zu einem der bedeutendsten, und von denen, die ihn kannten, respektierten und von nicht wenigen hoch geschätzten Wirtschaftsführer unseres Landes wurde. Einer, der in der unternehmerischen wie in der verbandlichen Arbeit unmißverständlich für die soziale Marktwirtschaft stand, und zwar auch für das Soziale im freien Markt! Einer, der wohl eher patriarchalisch dachte und handelte. Einer, der die Mitbestimmung vermutlich nicht erfunden hätte, der sie aber zu handhaben verstand; der die Tariffreiheit, die Tarifhoheit der Sozialpartner für bare Münze nahm und deshalb auch hoch hielt und entsprechend hoch achtete. Und der auch im härtesten Konfliktfall wohl kaum je den Gesetzgeber zu Hilfe gerufen hätte - wie es heute leider viel zu häufig geschieht - , und der folglich im gewerkschaftlichen Gegenüber nie den Feind sah, wie seine legendären und letztlich auch im massivsten Streitfall - wie nach Streik und Aussperrung im Frühjahr 1963 hier in Deutsch-Südwest - stets zu konsensualen Ergebnissen führenden Verhandlungen mit Willi Bleicher auf der anderen Seite des Tisches zeigen.

Schleyer sei viel liberaler, als viele es vermuteten, schrieb einmal die "Zeit". Er sei ein "sachlicher, zuverlässiger und intelligenter Gegenspieler, dem auch die Gewerkschaft Anerkennung und Respekt nicht versagt". Und genau so war es. Die Mahnung Willi Bleichers, der selbst als politischer Häftling der Nazi-Herrschaft über zehn Jahre interniert worden war, an "die jungen Kollegen, die die Geschichte nicht kennen", Schleyer nach dem zu beurteilen, was er heute macht, weil das mehr zur Entwicklung ihres Bewußtseins beitrage als dessen Vergangenheit, steht für diese Anerkennung.

Nein, das ist den RAF-Verbrechern nicht gelungen, das Bild Hanns Martin Schleyers mit einer menschenquälenden Entführung und brutalen Ermordung zu verunstalten, mit ihm zu zerstören. Das wollten sie. Das Gegenteil empfinde ich heute: Sein Bild steht lebendig, offen, verlässlich, immer gerade heraus vor meinen Augen, weit weg von den Klischees und bewußten Zerrbildern. Ja, ich vermute, in vieler Menschen Rückblick steht er heute weit klarer, offener, fairer da als je zuvor. Wir sind ihm und uns diesen Rückblick, diese Erinnerung an den wahren Menschen Hanns Martin Schleyer schuldig.

Es bedarf keiner Erläuterung: Die Entführungen des prominenten Arbeitgeber- und Industriepräsidenten und der Lufthansa-"Landshut" hat "die Politik" im damaligen großen und kleinen "Krisenrat" unter der Verantwortung des Kanzlers Helmut Schmidt an den Rand des Erträglichen gebracht. Für Hanns Martin Schleyers Familie war es weit mehr als Worte auszudrücken vermögen. Aber die Entscheidung zwischen einem und vielen Menschenleben, sie steht der Politik und auch dem Recht "eigentlich" nicht zu. "Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann", lautet das Dictum des

Staatsrechtslehrers Ernst-Wolfgang Böckenförde. Das gilt erst recht, wenn das Recht auf Leben des Einzelnen gegen das der Mehreren steht. Und dennoch muß sie, die Politik, entscheiden. Und sie hat entschieden, für die Rason eines Staates, der nicht erpreßbar sein darf, aber auch für das Leben der Insassen der "Landshut" und damit gegen das Leben Hanns Martin Schleyers. "Ich bin verstrickt in Schuld", hat Helmut Schmidt später einmal gesagt. So weit kann politische Verantwortung reichen.

Ist es zu viel verlangt, wenn wir daran auch heute unsere Erwartungen an das politische Personal unseres Landes ausrichten? Es soll nicht unfair klingen. Aber mein Eindruck ist schon, daß unsere Parteien, erst recht die beiden - noch - Großen, sich seit geraumer Zeit einem Hang zur Genügsamkeit hingeben. Man scheint sich selbst genug, und dies eben auch in der Auswahl des politischen Personals. Doch genau das ist das Problem. Es ist die Haltung, die politische Leidenschaft verdriest und vertreibt und Zukunftsfähigkeit kosten kann. Deshalb gehört m. E. die Auswahl unseres politischen Personals - konkret gesagt: vor allem die Auswahl der Kandidaten zu unseren Parlamenten - von A bis Z in die Öffentlichkeit und in den öffentlichen Wettbewerb. Und wenn der Mut reicht: Nicht nur offen für die Öffentlichkeit, sondern auch für "von außen" kommende Wettbewerber. "Seiteneinsteiger" sind nur für die mit dem ausgeprägten Sitzfleisch gefährlich!

Und auch dies will ich nicht ausblenden: Der augenscheinlich genialische damalige Chef des Bundeskriminalamtes, Horst Herold, hatte ein Raster-Fahndungssystem entwickelt, das direkt auf das tatsächliche Versteck in Erftstadt-Liblar bei Köln hinführte, in dem die Entführer Hanns Martin Schleyer gefangen hielten. Doch die Spur

ging damals auf bürokratischen Irrwegen verloren. Unfaßbar! Aber ich erinnere mich nur zu gut der seinerzeitigen öffentlichen Diskussionen. Sie rückten zeitweise statt der Panne eher Herolds Rasterfahndung ins Zentrum der Kritik. Ob wir bis heute dazu gelernt haben? Ich zweifle.

Die Süddeutsche Zeitung zitiert Herold, inzwischen über 90jährige, in diesen Tagen so:"Keine noch so große Bedrückung, kein noch so hehrer Gedanke rechtfertigt die Tötung von Menschen. Das Gebot entschlossener Bekämpfung wird durch keine, wie immer geartete Erwägung außer Kraft gesetzt". Zugleich dürfe Terrorismusbekämpfung "nicht an seiner vordergründigen Erscheinung hängen bleiben und sich auf seine Repression beschränken. Terrorismusbekämpfung bedeutet auch, unter der Oberfläche des Vordergründigen dem Terrorismus die Schubkräfte und Anreize zu nehmen, die ihn auslösen oder begleiten".

Wahre Worte.

Für mich verlangen sie auch, mehr Klarheit und Wahrheit in unsere öffentlichen Erörterungen zu tragen. Auch in die aktuellen. Dabei werde ich nicht die Gefahr eines aus unserem Land neu entstehenden Terrorismus beschwören, auch wenn die Haßausbrüche namentlich gegen die Kanzlerin, die Umtriebe von "Reichsbürgern" oder auch in den Medien bislang undementiert veröffentlichte Bemerkungen der AfD- Vorsitzenden nicht beruhigend wirken. Aber diese Exzesse dürfen jedenfalls nicht stehen bleiben. Sie gehören festgehalten und, wenn rechtlich möglich, geahndet.

Immer wiederkehrende Formeln von den Rissen, Gräben oder neuen Mauern, die sich angeblich durch unser Land ziehen, helfen nicht viel weiter. Wo es Fehlentwicklungen gibt, gehören sie offen angesprochen und dann behoben. Das gilt - nur ein Beispiel im Blick

auf den Osten unseres Landes - für die entgegen unseren Versprechen im Vertrag zur deutschen Einheit bislang unzureichende "DDR-Unrechtsbewältigung". Ich denke dabei an das Schicksal der bis heute geradezu amtlich ignorierten DDR-Zwangsausgesiedelten! Es gibt sicher auch andere Beispiele, auch wichtigere. Aber ihnen gebühren konkrete Antworten, nicht nur Beschreibungen.

Wichtig ist mir aber ebenso, daß wir öffentlichen Wutausbrüchen, die ohne jede Begründung bleiben, mit aller Entschiedenheit entgegentreten. Sie sollten auch öffentlich nicht unbeantwortet bleiben. Sie brauchen Antworten und klare Ansagen, nämlich: daß Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Soziale Marktwirtschaft ohne die Bereitschaft zu Eigen- und Mitverantwortung nicht zu haben sind, und daß sie nur wirken können, wenn die, die sie für sich beanspruchen, sie auch anderen, auch dem Fremden zuerkennen.

Hanns Martin Schleyer stand auf seinem Lebensweg, der ihn wie nicht wenige Gleichaltrige in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts in die schrecklichen Irrungen unserer Geschichte verwickelte, bis zu seinem gewaltsamen Tod für diese Werte. Für Freiheit und Verantwortung. Für unsere Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und soziale Marktwirtschaft.

Er bleibe unvergeßlich.